

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 33/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Eckart Kuhlwein MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbildungsminister, mahnt, daß es "no future" für Jugendliche nicht geben darf: Bildungspolitik kontra Arbeitslosigkeit.

Seite 1

Wolfgang Clement kommentiert den 35. Jahrestag des Ahlener Programms: Feiertag für eine Mumie.

Seite 3

Egon Lutz MdB trifft Bemerkungen zu den jüngsten Arbeitsmarktdaten: Jetzt heißt es handeln.

Seite 4

Knut Terjung dokumentiert, daß CDU und CSU für die Beschäftigungspolitik keine Linie finden: Die Union windet sich.

Seite 5

Volker Neumann MdB hält die Gebührenbefreiung für Polen-Pakete nicht für der Weisheit letzten Schluß: Geld spenden, ist sinnvoller.

Herausgeber und Verleger:

Seite 8
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godsberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 23

3. Februar 1982

Bildungspolitik kontra Arbeitslosigkeit

"No future" für Jugendliche darf es nicht geben

Von Eckart Kuhlwein MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft

Auf manchen Gebieten sehen Bildungspolitiker mit besonderer Sorge in die Zukunft: Zum Beispiel bei der Frage der Integration von Ausländerkindern in unsere Schulen und in die berufliche Ausbildung. Wir müssen uns dieser Frage sehr gezielt annehmen, um dieses Problem, diese "soziale Zeitbombe" so früh wie möglich und so gut wie möglich zu entschärfen. Wir haben jetzt über vier Millionen Ausländer in der Bundesrepublik, davon etwa eine Million Kinder und Jugendliche im Alter bis zu 16 Jahren. Nach den bisherigen Ergebnissen erreichen von diesen Jugendlichen lediglich 60 Prozent einen Hauptschulabschluß, und nur ein Viertel gelangt in eine berufliche Ausbildung. Was soll mit den anderen werden, mit diesen Jugendlichen, die ja zumeist in doppelter Heimatlosigkeit aufwachsen und von denen mit Sicherheit der größte Teil auf Dauer bei uns bleiben wird?

Für unseren Teil versuchen wir, gezielt zu helfen, beispielsweise mit einem Sonderprogramm für Benachteiligte, das 1980 angelaufen ist: Es ist auch für deutsche Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und für Sonderschulabsolventen gedacht, doch stellten bereits im Jahre 1980 die ausländischen Jugendlichen den größten Anteil. Im Laufe des Jahres 1981 ist die Zahl der Teilnehmer an diesem Programm auf rund 2.000 angewachsen, und wir hoffen, die Zahl im jetzt laufenden Jahr auf 3.000 erhöhen zu können. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber selbst dazu sind erhebliche Mittel nötig: Für 1982 haben wir einen Beitrag von insgesamt rund 47 Millionen DM für diesen Zweck angesetzt.

Trotz Sparpolitik haben wir den Ansatz für dieses anlaufende Programm gegenüber 1981 mehr als verdoppelt. Das kann zeigen, wie ernst wir das Problem sehen. Aber unsere Aktivitäten können nur Anstöße geben. Ohne das unmittelbare Engagement



des nichtstaatlichen Bereichs können solche Aufgaben nicht gelöst werden. Ich appelliere daher nachdrücklich sehr eindringlich an alle, die auf den Abschluß von Ausbildungsverträgen Einfluß haben, immer auch zu prüfen, ob nicht auch jugendliche Ausländer für die jeweilige Ausbildung in Frage kommen und zur Verfügung stehen.

Wir müssen gerade in der Berufsbildungspolitik immer wieder deutlich machen, daß eine ausreichende Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft, die allen Jugendlichen die Möglichkeit gibt, einen Beruf zu erlernen, die Grundlage unseres dualen Ausbildungssystems ist. Das Bundesverfassungsgericht hat das in seinem Urteil über das Ausbildungsplatzförderungsgesetz mit erfreulicher Klarheit festgestellt. Das heißt, daß auch dieses Ausbildungsangebot der Schulen und Hochschulen letztlich konjunkturunabhängig bleiben muß.

Ich weiß, daß es Betrieben, die nun einmal die Auswirkungen der Konjunktur zu spüren bekommen, nicht leicht fällt, den Ausbildungssektor von notwendigen Konsequenzen auszunehmen. Doch die jungen Menschen haben in den zunehmenden und abnehmenden Jahrgangsstärken mit ihren Ausbildungswünschen eine eigene Konjunktur. Sie sind da. Man kann sie nicht vertrösten und erst recht nicht in der Talsohle einfach wegsacken lassen. Nichts ist so leicht geeignet, Staatsverdrossenheit zu erzeugen, wie die Erfahrung daß man "no Future" in Ausbildung und Beruf hat. Man muß für die jungen Leute heute etwas tun, auch um für Zeiten vorzusorgen, wo man die qualifizierten Kräfte einmal dringlich brauchen wird. Die Wirtschaft hat in den letzten Jahren diese ihre Aufgabe weitgehend erkannt. Wir konnten einen großen Zuwachs an Ausbildungsplätzen verzeichnen. Allerdings stehen dahinter auch viele Stützungs- und Antriebsmillionen, die der Bund beispielsweise in die Errichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten investiert hat. Im Jahre 1981 haben wir jedoch einen Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes erlebt - wir hatten Ende September lediglich einen Angebotsüberhang von 2,4 Prozent, während es im Jahr zuvor 4,2 Prozent gewesen waren. Dieser Rückgang hat bei uns alle Alarmglocken ausgelöst, und ich hoffe sehr, daß unsere sehr ernsten Appelle, die Jugendlichen, die eine Ausbildung suchen, nicht im Stich zu lassen, die nötige Wirkung haben werden.

Ich weiß, daß die Ausbildung allein den Jugendlichen auch nur ein Stück weiterhelfen wird. Die Gefahr der Arbeitslosigkeit steht dann weiter vor ihnen, und für über 130.000 Jugendliche unter 20 Jahren war sie im September letzten Jahres bittere Wirklichkeit. Hier liegen die Grenzen der Bildungspolitik, auch wenn man Arbeitslosigkeit beispielsweise durch Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen wenigstens erträglich und leichter überwindbar machen kann. Bildungspolitik kann aber einen Beitrag dazu leisten, daß Arbeitslosigkeit gar nicht erst entsteht. Der viel beschworene Facharbeitermangel in vielen Regionen und vielen Branchen bei gleichzeitiger hoher Arbeitslosigkeit unterstreicht dies. Bildungspolitik muß deshalb auf jeden Fall zahlenmäßig ausreichende qualifizierte Angebote machen. Dabei werden wir uns hüten, die Angebote am sogenannten Bedarf zu orientieren und entsprechend zentral zu planen und zu lenken. Wir kennen die Unsicherheit von Prognosen (wer weiß zum Beispiel, daß zur Zeit 1.872 Elektroingenieure arbeitslos sind?) und wir wollen ein Optimum an Freiheit bei der Berufswahl realisieren, das heißt also Wirklichkeit werden lassen. Nicht jeder darf uns allerdings hinterher dafür verantwortlich machen, wenn er sein Berufsziel A 13 nicht erreicht, weil die Aufnahmemöglichkeiten des öffentlichen Dienstes begrenzt sind. (-/3.2.1982/hi/ca)



Feiertag für eine Mumie

Die CDU gedenkt ihres Ahlener Programms

Von Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes

Man kann sich darauf verlassen wie auf den Wechsel der Jahreszeiten: Alljährlich zu Anfang Februar holt die CDU ihr Ahlener Programm aus jener Vitrine, in der die Devotionalien der Partei aufbewahrt werden. Dies ist die Zeit, da die Union ihr christlich-soziales Erbe aufputzt.

So auch heute, zum 35. Jahrestag: Unter der Überschrift "Das Ahlener Programm bleibt Auftrag" war es diesmal an Wolfgang Vogt, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU-Arbeitnehmer, die traditionelle Pflichtübung zu absolvieren.

Konkret seien die programmatischen Forderungen, die die Vorväter vor 35 Jahren formulierten, zwar überholt. Aber grundsätzlich bleibe Ahlen "ein entscheidender Wegweiser der eigenen Programmgeschichte". Man kennt die Phrasen bis zum Überdruß. So, wie Vogt es heute schreibt, haben wir es schon 35 mal lesen und hören dürfen.

Die Wahrheit ist: Das 1947 im Mädchenpensionat St. Michael zu Ahlen verabschiedete Programm ist schon zwei Jahre später in den Papierkorb der Geschichte geworfen worden. Dort lagert es als eine "Mumie", wie der CSU-Vorsitzende Strauß schon zum 30. Jahrestag pietätlos, wie er ist, feststellte. Denn bereits 1949 einigte sich die Union auf die "Düsseldorfer Leitsätze" Ludwig Erhards, die eine Politik der Einflußnahme auf den wirtschaftlichen Prozeß strikt und ideologisch ablehnten.

Die Ahlener hatten gefordert, das "kapitalistische Wirtschaftssystem" sei "den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden". Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch könne nur "eine Neuordnung von Grund auf" erfolgen, deren Ziel und Inhalt "nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes" sein dürfe. Deshalb solle die zu schaffende Wirtschafts- und Sozialordnung eine gemeinwirtschaftliche sein.

Man stelle sich einen Moment lang einen Ministerpräsidenten oder Bundesinnenminister Alfred Dregger vor, um Gift darauf nehmen zu können, daß jemand, der dies heute so wie damals die CDU-Ahnen von Ahlen formulierte, nicht mehr die geringste Chance hätte, Aufnahme in einem von ihm geführten öffentlichen Dienst zu finden. Das ist der Grund, weshalb all die christdemokratischen Festreden auf Ahlen 1947 einen geradezu geschichtsklitternden Charakter haben. Heiner Geißler, der so gern bei anderen nach Gründen für den Vertrauensverlust der Parteien insbesondere bei jungen Menschen nachfragt, sollte einmal in dieser Kluft zwischen Geschichte und Gegenwart, zwischen Wort und Wirklichkeit der Union von damals und heute nachschauen, um klüger zu werden.

Das Recht auf Arbeit müsse verwirklicht werden, folgert Sozialausschüßler Vogt aus der programmatischen Vorgeschichte seiner Partei für die aktuelle Diskussion. Aber das tatsächliche Verhalten der CDU/CSU im Ringen um beschäftigungspolitische Initiativen steht in diametralem Gegensatz dazu. Nach Strauß, der seit neuestem wieder Helmut Kohls selbsternannter "Schatten"-Finanzminister ist, sind Markt, Macht und Gewinn die einzigen Regulatoren des wirtschaftlichen Lebens und damit des Arbeitsmarktes. Unter seiner geistigen Vormundschaft hat die Union Ahlen endgültig sterben lassen. (-/3.2.1982/vo-he/ca)



Jetzt heißt es handeln!

Bemerkungen zu den Januar-Daten der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises 'Sozialpolitik'
der SPD-Bundestagsfraktion

So rasant wie die Fluten des Rheins steigt derzeit die Arbeitslosenquote in unserem Lande. Mit einem entscheidenden Unterschied: Während das Abebben der Wassermassen schon vorauszu- sehen ist, scheint eine Eindämmung der Arbeitslosigkeit noch nicht in Sicht zu sein.

Doch nun zu den Daten im Einzelnen: Seit 1955 hat es keinen Januar gegeben, in dem die Gesamtzahl der Arbeitslosen höher gelegen hat als in diesem Jahr. Sie nähert sich mit großer Geschwindigkeit der Zwei-Millionen-Schallmauer und hat sie vermutlich bereits überschritten. Genau waren es im Januar 1.949.754, die ohne Arbeit waren. Das sind 246.000 mehr als im Vormonat. Die Quote der Arbeitslosen liegt nun bei 8,2 Prozent gegenüber 5,6 Prozent im Januar 1981.

Besonders gut läßt sich der konjunkturelle Einbruch an der Zahl der arbeitslosen Männer ablesen: 1.153.000! Das sind 197.300 mehr als im Vormonat und entspricht nun einer Gesamt- quote von 7,9 gegenüber 5,1 Prozent im Vorjahr. Die Frauen traf es nicht ganz so hart: hier sind 797.000 arbeitslos, das heißt 48.400 mehr als im Dezember. Die Quote, die jetzt bei 8,6 Prozent liegt (gegenüber 6,5 Prozent im Vorjahr), zeigt jedoch, daß die Arbeits- losigkeit der Frauen immer noch überproportional hoch ist.

Bei den Problemgruppen ergibt sich folgendes Bild: Von den Jugendlichen waren im Januar 165.000 arbeitslos, das heißt 8.400 mehr als im Vormonat. Die Quote, die von 4,5 Prozent im Vorjahr auf 7,6 Prozent im Januar 1982 stieg, läßt jedoch vermuten, daß sich die Pro- zentzahl der jugendlichen Arbeitslosen der Gesamtquote der Arbeitslosen weiter annähert. Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten stieg um 6.000 auf 108.000 gegenüber dem Vor- monat. Im Januar gab es 100.500 beschäftigungslose 59jährige Arbeitnehmer, das sind 7.000 mehr als im Vormonat. Hier hat die Neuregelung im Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz (AFKG) offensichtlich noch nicht gegriffen.

Nachdem die Teilarbeitsmärkte aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen bei der statisti- schen Erhebung nur noch zum Quartalsende erfaßt werden, läßt sich doch schon prognostizie- ren, daß im Baugewerbe die größten Einbrüche zu erwarten sind und daß die Metallbranche wie auch der Handel besonders unter den konjunkturellen Störungen zu leiden haben werden.

Facit: Ganze 50.000 haben uns am Stichtag noch von der Zwei-Millionen-Marke getrennt. Nie- mand vermag zu sagen, ob der März ein ähnlich dramatisches Ansteigen bringt. Aber das ist im Grunde nur eine statistische Spielerei. Es geht schließlich um menschliche Schicksale, und da kann man nicht nach Hunderttausenden und Millionen zählen, da ist jeder einzelne Fall ein Versagen unserer Gesellschaft. Wenn man bedenkt, daß in diesem Jahre mindestens fünf Millionen Bundesbürger für kürzere oder längere Zeit die Erfahrung mit der Arbeits- losigkeit erleiden müssen, dann kann man wirklich nicht behaupten, die Bundesregierung handele mit ihrer beschäftigungspolitischen Initiative übereilt. Was in den nächsten Wochen und Monaten in Gang gesetzt wird, ist ein Minimum dessen, was zu tun ist. Es kann keinen grundsätzlichen Wandel herbeiführen, aber es sollte doch zu einer merklichen Ab- flachung der Arbeitslosenkurve führen.

Voraussetzungen allerdings ist, daß auch die Bundesbank mitspielt, die Länder und Gemein- den ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung gerecht werden und die Gesamtheit aller privaten Unternehmer begreift, daß die Brauchbarkeit unserer Wirtschaftsordnung in Kri- sensituationen wie diesen auf dem Prüfstand steht und unternehmerisches Versagen unver- sehens in politische Dimensionen umschlägt.

(-/3.2.1982/hi/ca)



Die Union windet sich

CDU und CSU finden für die Beschäftigungspolitik keine Linie

Von Knut Terjung

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Wiederholung der Vollbeschäftigung bleiben das vorrangige Ziel sozialdemokratischer Politik. Schon Ende August hatte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herbert Wehner, im Bundeskabinett wohlweislich den Vorbehalt der Sozialdemokraten angemeldet, bei steigender Arbeitslosigkeit auf ein umfangreiches beschäftigungspolitisches Programm zurückzukommen, und bereits im April des vergangenen Jahres war von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion ein mittelfristiges Wachstumsprogramm vorgelegt worden.

In der Zwischenzeit hat es sowohl in der sozialdemokratischen Fraktion als auch in der Koalition eine lebhafte Diskussion über den einzuschlagenden Weg gegeben. Daß dabei auch kontroverse Ansichten und Differenzen sichtbar wurden, sollte im demokratischen Meinungsbildungsprozeß als Selbstverständlichkeit verstanden werden. Sozialdemokraten sind allerdings auch selbstkritisch genug zuzugestehen, daß die eine oder andere durch die Art der Diskussion hervorgerufene Irritation in der Öffentlichkeit sicherlich vermeidbar gewesen wäre. Entscheidend jedoch bleibt die Fähigkeit, nach der Phase des Beratens und Abwägens auch zu klaren, wohlüberlegten Entscheidungen zu kommen. Nach der "Haushaltsoperation 1982" werden Regierung und Koalition in den kommenden Tagen erneut den Beweis antreten, daß sie auch in schwierigen Zeiten zu verantwortungsbewußten und konzentriertem Handeln fähig sind.

Entsprechend dem ihr erteilten Wählerauftrag gehört es zu den Aufgaben der Regierung, bei Handlungsbedarf Entscheidungen vorzubereiten, zu treffen und anschließend in die Praxis umzusetzen.

Von daher ist es nur allzu verständlich, daß sich das Hauptaugenmerk der Öffentlichkeit in den vergangenen Wochen vornehmlich auf das Gebaren und die Aktivitäten der sozial-liberalen Koalition konzentriert hat. Das sollte jedoch nicht vergessen lassen, welches Wirr-Warr gerade jene Opposition, die sich wieder einmal berufen fühlt, als Chefankläger von Regierung und Koalition aufzutreten, in der Diskussion über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gestiftet hat. Das Schauspiel, das die Union mit ihren zahllosen Widersprüchen und Durcheinander bisher geboten hat, erinnert fatal an die Konzeptionslosigkeit, wie sie schon bei den Beratungen zum Haushalt 1982 offen zutage getreten ist.

Folgt man den Ausführungen des Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates, von Bismarck, so kommen wie immer geartete Beschäftigungsprogramme für die Union nicht in Frage, denn diese sind "purer Selbstbetrug. Sie würden das Übel verschlimmern und nicht heilen" (Pressemittteilung des Wirtschaftsrates vom 17. Januar 1982). Demgegenüber signalisierte der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht, daß die Bundesregierung bei ihrer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit der Zustimmung der Opposition rechnen könne. Albrecht am 13. Januar 1981 im Norddeutschen Rundfunk: "Wenn die Bundesregierung ein Beschäftigungsprogramm auflegen sollte, dann wird die Union sich dem nicht widersetzen." Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident und stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Stoltenberg ging noch einen Schritt weiter und hielt, um zusätzliche Investitionsmittel freizumachen, "eine begrenzte Erhöhung der Kreditaufnahme" für durchaus vertretbar. "In diesem Zusammenhang kann man vorübergehend für 1982 eine gewisse Steigerung der Kreditaufnahme vorsehen ..." (am 12. Januar 1982 im Deutschlandfunk). Oppositionsführer Kohl ließ verlauten, der Vorschlag Stoltenbergs sei mit ihm nicht abgestimmt worden, liege aber "in der Sache" auf der Linie der Fraktion (nachzulesen in der "Welt" vom 19. Januar 1982).



Entgegen der eigenen Einschätzung setzten sich Stoltenberg und Kohl mit ihren Vorstellungen in klaren Widerspruch zum wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Kiep, der nicht nur strikt gegen jede weitere Anhebung der Netto-Kreditaufnahme ist, sondern darüber hinaus den "Abbau der Neuverschuldung" forderte (CDU/CSU-Pressemitteilung vom 14. Januar 1982). Von Kiep und Fraktion gerügt - die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 15. Januar 1982: "Die Unions-Fraktion rückt von Stoltenberg ab. Kiep gegen Beschäftigungsprogramm und zusätzliche Neuverschuldung" - ließ der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Oppositionsführer Kohl allein im Regen stehen und schlug sich, eine Kehrtwendung um 180 Grad machend, auf die Seite von Kiep. Stoltenberg nur fünf Tage nach seinem Deutschlandfunk-Interview am 17. Januar im Deutschen Fernsehen auf die Frage, ob er gegen ein Beschäftigungsprogramm und gegen eine höhere Neuverschuldung sei: "Ja!"

Steuer- und Abgabeerhöhungen kämen für die Union zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms nicht in Frage, haben Unionspolitiker in den vergangenen Wochen wiederholt verlauten lassen. Stoltenberg: "Wir sind in der CDU und CSU einmütig gegen Steuererhöhungen und Arbeitsmarktgebühren" (so am 17. Januar im Deutschen Fernsehen). Das hinderte den Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel jedoch nicht, eine Sondersteuer für Spitzenverdiener zu fordern und die gesamte Steuerdiskussion der Opposition durch seine Ankündigung höherer Gewerbesteuern ad absurdum zu führen. Wohl die Entfernung zwischen Kreuth und Stuttgart sowie die Parteimitgliedschaft Rommels verkennend, schmähte der CSU-Vorsitzende Strauß den 'politischen Stuhlgang' der SPD, die stets die besseren 'schröpfen' wolle" (Deutscher Depeschendienst vom 18. Januar 1982).

Die Haltung des bayerischen Ministerpräsidenten ist im Übrigen ebenso wenig klar, wie die der übrigen Opposition. Zunächst gegen jedwedes Beschäftigungsprogramm, ließ Strauß auf der DGB-Landesbezirkskonferenz in Erlangen erstmals durchblicken, "daß Bayern ein mögliches Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung, wie es die Gewerkschaften schon lange fordern, nicht grundsätzlich ablehnen würde" (Süddeutsche Zeitung vom 16./17. Januar 1982). Gleichlautende Meldungen waren in verschiedenen Agenturen und Zeitungen zu lesen. Einen Tag später ließ Strauß seinen Meinungsumschwung als "Mißverständnisse in der Berichterstattung" dementieren. Er denke auch nicht daran, "ein Beschäftigungsprogramm vorzuschlagen" (Deutscher Depeschendienst vom 18. Januar 1982), um wiederum nur wenige Tage später mit Steuererleichterungen zur Wirtschaftsbelebung und Arbeitsplatzbeschaffung in Höhe von 15 Milliarden D-Mark aufzuwarten, für die er allerdings keine Deckung anbieten kann. Stattdessen flüchtete er, wohl auch die Dürftigkeit des eigenen Vorschlags erkennend, wieder in Polemik gegen die Bundesregierung. "Das beste Beschäftigungsprogramm", so Strauß am 1. Februar im "Handelsblatt", "wäre ein Rücktritt des Kanzlers". So einfach ist das für die Opposition mit der Arbeitslosigkeit in unserem Lande.

So wenig sich die Union bisher zu einem Konzept bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat durchringen können, so wenig scheut sie sich, trotzdem mit vollmundigen Versprechungen in der Öffentlichkeit hausieren zu gehen. Der CDU-Geschäftsführer Geißler kündigt gewissermaßen aus der hohlen Hand im Falle einer CDU/CSU-Regierung zusätzlich 800.000 neue Arbeitsplätze bis 1985, jährlich 50.000 neue Wohnungen und obendrein als Zugabe umfassende Steuererleichterungen für die private Wirtschaft an, ohne angeben zu können, woher er die Milliarden dafür nehmen will ("Bild"-Zeitung vom 5. Dezember 1981). Die "Westfälische Rundschau" nannte diesen Vorgang "nichts anderes als eine rattenfängerische Spekulation auf das kurze Gedächtnis und die ökonomische Leichtgläubigkeit der Bundesbürger" (Ausgabe vom 5. Dezember 1981).

Im "Handelsblatt" vom 8./9. Januar 1982 legte der finanzpolitische Sprecher der Union, Häfele, seine mittelfristigen Vorstellungen dar, die nicht nur einseitig auf die Interessen der Unternehmerverbände ausgerichtet sind, sondern bei den öffentlichen Haus-



halten nach Expertenschätzungen auch zu Einnahmeausfällen in Höhe von mehr als 23 Milliarden D-Mark führen würden. Nach Deckungsvorschlägen sucht man auch bei Herrn Häfele vergebens.

Noch mehr in die Vollen ging der bereits zitierte Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel, der in seiner Funktion als Präsident des Deutschen Städtetages gar 50 bis 70 Milliarden in den öffentlichen Haushalten einsparen will.

Soweit überhaupt so etwas wie eine einheitliche Linie in der Opposition zu erkennen ist, beschränkt sich diese auf die gebetsmühlengleich wiederholten Forderungen nach einschneidenden Kürzungen der sozialen Leistungen, insbesondere des Arbeitslosengeldes, die dann aber meist aus mangelndem Mut zur Klarheit gegenüber dem Bürger vornehm als "Kürzung der konsumtiven Ausgaben" umschrieben werden, sowie nach massiven Steuererleichterungen für die Wirtschaft.

Die Opposition hat bei den Haushaltsberatungen die Erhöhung der Sektsteuer als unzumutbar abgelehnt. Gleichzeitig redet sie einer Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Sozialhilfe das Wort und will auf diese Weise die Investitionserleichterungen für Unternehmen durch jene finanzieren lassen, die von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten ohnehin schon am härtesten betroffen sind.

Was Sozialdemokraten von solchen Vorstellungen halten, hat Herbert Wehner bereits am 3. September 1981 in einem Schreiben an die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten unmißverständlich formuliert: "Wir halten es von einer Solidargemeinschaft für eine geradezu perverse Zumutung, die ohnehin finanziell bedrängten Arbeitslosen die Folgen der Beschäftigungspolitik allein bezahlen zu lassen."

Während die Union die Lasten auf die Schwächsten der Gesellschaft abzuladen bereit ist, findet der finanzpolitische Sprecher der Fraktion Häfele verständnisvolle und rechtfertigende Worte für Steuerhinterzieher, die in seinen Augen offensichtlich nicht Betrüger, sondern Betrogene sind. Häfele im "Handelsblatt": "Die Lösung darf aber nicht in einer noch schärferen Steuerfahndung liegen" (Ausgabe vom 8./9. Januar 1982).

Selbst die Opposition zuneigende Kommentatoren kommen nicht mehr umhin, feststellen zu müssen, daß es mit der Union zur Zeit nicht zum besten bestellt ist. Das konservative "Handelsblatt" spricht bereits von einem "handfesten Streit" in der Opposition (Ausgabe vom 2. Februar 1982). Tatsächlich ist sich die CDU/CSU in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik so uneins, daß die bisher mühsam übertünchten Flügelkämpfe nunmehr sogar schon auf offenem Markte ausgetragen werden. In einer Pressemitteilung wandte sich CDU-Wirtschaftsratsvorsitzender von Bismarck gegen die von CDU-Geschäftsführer Geißler proklamierte Verkürzung der Lebensarbeitszeit und bat Oppositionsführer Kohl in aller Öffentlichkeit um Beistand gegen Geißlers Rentenpläne: Von Bismarck: "Ich bin sicher, daß der Vorsitzende der CDU, Dr. Helmut Kohl, diese grundsätzliche Einwände erkannt hat und sich die Erwägungen (Geißlers) nicht zu eigen machen wird" (Pressemitteilung des Wirtschaftsrates vom 2. Februar 1982). Schlagabtausch auf offener Bühne.

Die Konfusion in der Opposition bestätigt einmal mehr, daß die CDU/CSU im Lamentieren und Wehklagen an Geschlossenheit zwar kaum zu überbieten ist, sich aber als unfähig erweist, über das allgemeine Schwadronieren hinaus einen konstruktiven und sei es auch nur theoretischen Beitrag zur Lösung anstehender Probleme zu leisten. Doch nicht einmal das "Leistungsbilanzdefizit" der Union oder ihre überzogene Kritik an der Regierung ist das eigentlich Verwerfliche; sondern ihr schäbiges Spiel mit den Sorgen und Ängsten, aber auch Hoffnungen vieler Bundesbürger, indem sie den Menschen Versprechungen vorgaukelt, von denen sie am besten weiß, daß sie sie nie würde erfüllen können. Nicht das Schicksal der über 1,9 Millionen Arbeitslosen scheint die Union zu interessieren, sondern vornehmlich parteitaktische Winkelzüge. (-/3.2.1982/ks/oa)



Geld spenden ist sinnvoller

Die Gebührenbefreiung bei Polen-Paketen ist nicht der Weisheit letzter Schluß

Von Volker Neumann MdB

Mitglied des Unterausschusses Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages

Der Beschluß des Deutschen Bundestages, die Gebührenbefreiung für Hilfspakete nach Polen einzuführen, wird ausgeführt. Im Januar sind über 200.000 Pakete nach Polen gegangen. Die deutsche Bevölkerung hat trotz der zu zahlenden Postgebühren ihre Hilfsbereitschaft bekundet. Es ist jedoch fraglich, ob mit der Gebührenbefreiung nunmehr bessere Hilfe für Polen geleistet werden kann. Die Postwege sind bereits jetzt verstopft, weil in Polen die Verteilung der Pakete technische Schwierigkeiten macht, die kurzfristig nicht zu beheben sind. Ein Monat Wartezeit bis zur Austeilung der Pakete sind keine Ausnahme.

Mit der Gebührenbefreiung steht zu befürchten, daß nunmehr auch nicht so notwendige Güter über den Postweg nach Polen gebracht werden. Die Belastung des Bundeshaushaltes wird mit 20 bis 30 Millionen DM bis zum 30. Juni 1982, dem Auslaufen der Aktion geschätzt.

Es wäre sicher sinnvoller gewesen, dieses Geld direkt den Hilfsorganisationen zur Verfügung zu stellen, damit diese mit Lastwagen und der Bahn schneller und bedarfsgerechter die Hilfsgüter nach Polen bringen können. Mit diesem Weg ist außerdem gewährleistet, daß alle Bevölkerungsteile, die Not leiden, Hilfe bekommen, während durch die Übersendung der Pakete nicht ausgeschlossen werden kann, daß es mehr oder weniger von Zufälligkeiten abhängt, wem geholfen wird.

Nur, wer Verwandte, Freunde oder Bekannte in der Bundesrepublik hat, kann jetzt auf ein Päckchen rechnen. Die deutsche Bevölkerung sollte daher sich in erster Linie der Hilfsorganisationen der Kirchen, des Deutschen Roten Kreuzes und der Arbeiterwohlfahrt bedienen und Geld für diese Organisation für die Polenhilfe spenden. Die Erfahrungen der Hilfsorganisationen gewährleisten, daß bedarfsgerecht und schnell die Mittel eingesetzt sind.

(-/3.2.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

